

Die katholische Kirche von Portugal vor dem Weltjugendtag

Kirche ohne Mauern

Anfang August soll in Lissabon der 38. Weltjugendtag beginnen. Dort trifft man auf eine katholische Kirche, die versucht, sich in seiner Spur zu bewegen, aber auch erleben muss, dass sie bei der Prägung der Gesellschaft Konkurrenz erhalten hat. VON MARIANO DELGADO

Seitdem König Alfons III. 1249 die Algarve erobert hat, haben sich die Grenzen Portugals zu Spanien kaum verändert. Portugal ist einer der ältesten Staaten Europas. Durch seine maritime Expansion in Asien, Afrika und Südamerika seit dem 15. Jahrhundert hat das Land (ebenso wie Spanien) der heutigen Globalisierung den Weg bereitet und die katholische Weltkirche wesentlich mitgeprägt. Mit der „Nelkenrevolution“ am 25. April 1974 verabschiedete sich Portugal von seinen letzten Kolonien und öffnete die Tür zu einem sozialen, politischen, kulturellen und religiösen Wandel, der das Land 1986 in die Europäische Union führen und durch die Annäherung an die europäische Moderne transformieren sollte.

Geringe religiöse Pluralisierung

In der demokratischen Gesellschaft wird die Kirche allerdings damit konfrontiert, dass sie bei der Prägung von Moral und Sitten Konkurrenz erhalten hat und bei der Verabschiedung von entsprechenden Gesetzen nicht konsultiert wird. So hat das portugiesische Parlament Mitte Mai dieses Jahres die aktive Sterbehilfe legalisiert – gegen den ausdrücklichen Protest der Bischöfe, die im Dezember 2022 den Entwurf mit tiefer Trauer zur Kenntnis nahmen und als eine schwere Bedrohung humanistischer Werte bezeichneten: Was man stattdessen bräuchte, sei eine Förderung palliativer Dienste, die trotz eines entsprechenden Gesetzes von 2012 nicht genug ausgebaut seien. Nach den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Spanien ist das „katholische“ Portugal das fünfte EU-Land mit einem Sterbehilfegesetz. Solche Gesetze deuten auf eine tiefe Kluft zwischen Glaubensvorgaben und Lebensrealität hin. Denn die religionssozio-

logischen Daten ergeben weiterhin eine klare Dominanz der katholischen Kirche und eine geringe religiöse Pluralisierung. Alle zehn Jahre erfasst das Nationale Statistikinstitut im Rahmen einer allgemeinen Volkszählung die Religionszugehörigkeit, bisher letztmals 2021. Diese Methode, die es in anderen westlichen Ländern aus Datenschutzgründen kaum mehr gibt, ist zuverlässiger als die punktuelle Befragung von einigen tausend Personen. Der Satz „Geben Sie Ihre Religion an“ ließ allerdings keine nuancierte Antwort zu; nach der Häufigkeit der religiösen Praxis oder der Konformität mit der kirchlichen Moral wurde nicht gefragt.

80,2 Prozent der Bevölkerung bezeichneten sich demnach 2021 als katholisch (2011: 88 Prozent). Ein leichter Zuwachs ist bei den Muslimen zu verzeichnen (von 0,23 auf 0,41 Prozent). Vergleichsweise konstant blieb die Anzahl der jüdischen (0,3 und 0,33 Promille) und der orthodoxen Personen (0,63 und 0,68 Prozent). Gesunken ist die Anzahl bei den historischen Formen des Protestantismus (von 1,82 auf 1,03 Prozent), während die Evangelikalen sich in den letzten zehn Jahren fast verdreifachten (von 0,84 auf 2,12 Prozent). Ähnlich rasant gestiegen ist die Anzahl der Zeugen Jehovas (von 0,22 auf 0,72 Prozent). Die Anzahl der Buddhisten, die 2021 erstmals als Gruppe erfasst wurden, liegt bei 0,19 Prozent. Gesunken und weiterhin insignifikant sind die Mitglieder weiterer Religionen. Sehr hoch ist der Anstieg bei denjenigen, die keine Religionszugehörigkeit angeben: Waren es 2011 nur 6,84 Prozent, so machten sie 2021 bereits 14 Prozent aus. Das ergibt eine Religionslandschaft, in der Religionslosigkeit die einzige ernsthafte Alternative zur katholischen Kirche

zu sein scheint – wobei zu bedenken ist, dass sich unter denjenigen, die „religionslos“ angeben, viele getaufte Katholikinnen und Katholiken befinden. Noch aber hat kaum ein anderes europäisches Land eine für die katholische Kirche so günstige Religionsstatistik aufzuweisen, auch wenn ein deutlicher Abwärtstrend festzustellen ist: 2001 gaben noch 93 Prozent an, katholisch zu sein.

Haltung des Misstrauens

Seit 1911 gab es in der Ersten Republik (1910–1926) in Portugal ein Gesetz zur Religionsfreiheit, das mit einigen Anpassungen bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil galt. Geändert wurde sein laizistischer, das heißt eher religions- und kirchenfeindlicher Charakter. In der Tat folgte dieses Gesetz dem Modell der französischen *Laïcité* von 1905. Der Staat war in Religions- und Kirchenfragen nicht neutral, sondern nahm eine Haltung des Misstrauens und der Kontrolle ein. Die Verfassung aus demselben Jahr machte dies ebenfalls deutlich, indem sie in Artikel 3,12 die Auflösung der Gesellschaft Jesu und aller anderen Orden und Kongregationen verfügte und in Artikel 13,3 alle Dokumente des Heiligen Stuhls und der Bischöfe dem Placet der Regierung unterwarf.

Nach dem Militärputsch vom 28. Mai 1926 und der Gründung des autoritären *Estado novo* (1926–1974) unter *Oliveira Salazar* hatte es die Kirche mit einem eher kirchenfreundlichen Staat zu tun, gleichzeitig aber auch mit einem Regime, das einen Etatismus vertrat. Mit dem *Estado novo* konnte der Heilige Stuhl 1940 ein günstiges Konkordat abschließen, das erst 2004 ersetzt wurde.

Das Konkordat von 1940 erkannte die katholische Kirche als Rechtsperson an und hob die erwähnte Placet-Klausel auf.

Die privilegierte Stellung der katholischen Kirche wurde mit einem Zusatz von 1951 betont, wonach der katholische Glaube „als Religion der portugiesischen Nation“ zu betrachten sei. So wurde der Estado novo gleichsam ein konfessioneller Staat. In diesem Geist der formellen Trennung und zugleich Privilegierung nahmen die portugiesischen Bischöfe an den Konzilsdebatten über die Religionsfreiheit teil.

Das Gesetz über Religionsfreiheit von 1971 entstand schließlich unter Berücksichtigung des Konkordats von 1940. Auch wenn das Prinzip von Trennung und Gleichbehandlung betont wird, besteht das Ungleichgewicht fort. Die anderen Konfessionen können etwa keine allgemeine Steuerbefreiung, keine Seelsorgefreiheit in Spitälern, Schulen und Gefängnissen, kein Recht auf Religionsunterricht an den staatlichen Schulen genießen. Die Tür zur Anerkennung nicht-katholischer Konfessionen als Rechtspersonen wurde unter bestimmten Auflagen de iure geöffnet, aber de facto bis zur sogenannten Nelkenrevolution blockiert – mit Zustimmung der Kirche.

Die Verfassung von 1976 betrachtet in Artikel 41 die Religions- und Kulturfreiheit erstmals als individuelles und kollektives Grundrecht und hält die konfessionelle Neutralität des Staates fest. Allgemein heißt es, dass „die Kirchen und Religionsgemeinschaften“ vom Staat getrennt sind und sich frei organisieren, ihre Aufgaben erfüllen und ihren Kult praktizieren können. Die Verfassung entfachte erneut die Diskussion über ein neues Gesetz zur Religionsfreiheit. Die Arbeiten einer entsprechenden Kommission, die 1996 eingesetzt wurde, verliefen parallel zu den Überlegungen in staatlichen und kirchlichen Kreisen zur Revidierung des Konkordats von 1940. Sie führten zum Gesetz über Religionsfreiheit von 2001 und zum Konkordat von 2004.

Damit hat Portugal im Bereich der Religionsfreiheit sowie der Beziehungen zwischen dem Staat und dem Heiligen Stuhl ähnliche Rahmenbedingungen wie andere westliche Demokratien etabliert. Das Gesetz betont die Gleichbehandlung aller Religionen, die konfessionelle Neutralität des Staates und die Zusammenarbeit in einem Geist der Toleranz bei der Konfliktregelung. Das Konkordat regelt entsprechend die Rahmenbedingungen für das Wirken der katholischen Kirche – und von einer Einspruchsmöglichkeit des Staates bei der Ernennung der Bischöfe ist nicht mehr die Rede.

Alles in allem kann man sagen, dass die katholische Kirche Portugals – jedenfalls auf der hierarchischen Ebene – nach dem Konzil eher bemüht war, die eigene Religionsfreiheit zu sichern, als sich als Anwältin für die Freiheit anderer einzusetzen. Diese Aufgabe fiel eher liberalen Katholikinnen

und Katholiken und anderen Teilen der Zivilgesellschaft zu.

Ein zweiter Aspekt des Wandels, nämlich das Ende des seit 1961 tobenden Kolonialkrieges in Portugiesisch-Afrika und der Übergang vom autoritären Estado novo zur Demokratie, hat nicht zuletzt mit der Wirkung der Pastoralkonstitution „Gaudium et Spes“ und einiger päpstlichen Enzykliken wie „Pacem in terris“ (1963) und „Populorum progressio“ (1967) zu tun, die für die Selbstbestimmung der kolonisierten Völker eintraten. Aber genauso wenig wie in Sachen Religionsfreiheit war hier die kirchliche Hierarchie die treibende Kraft. Es waren vielmehr politisch bewusste Laiinnen und Laien sowie einige mutige Priester wie *José Feliciades Alves* (1925–1998), Pfarrer von Belem in Lissabon, die sich auf Texte des Konzils und des Lehramtes von *Johannes XXIII.* und *Paul VI.* beriefen.

Insgesamt ist die Kirche, die sich während des Estado novo ihre politische Abstinenz mit Privilegien bezahlen ließ, seit 1974 von zwei Grundprinzipien im Geiste des konziliaren Aggiornamento geprägt: von der Anerkennung des politischen Pluralismus im Schoße des portugiesischen Katholizismus sowie von der Ermutigung zur politischen Tätigkeit der Gläubigen als Beitrag zum Gemeinwohl.

In der Spur von Papst Franziskus

Im August 2015 ernannte Papst *Franziskus José Ornelas de Carvalho*, seit 2003 Generalsuperior der Herz-Jesu-Priester, zum Bischof von Setúbal. Damit wurde zugleich signalisiert, dass er der Mann für den Papst war. Seit Juni 2020 ist er Vorsitzender der Bischofskonferenz (wiedergewählt im April 2023), und seit Januar 2022 Bischof von Leiria-Fátima, in dem Bistum, in dem Portugals katholisches Herz schlägt. Ornelas ist ein viel beschäftigter Krisenmanager mit voller Rückendeckung des Episkopats.

Ornelas hat sowohl mit allgemeinen Pädophilie-Skandalen des Klerus zu tun als auch mit Vorwürfen, er selbst hätte zwischen 2011 und 2014 weggeschaut, als einige portugiesische Herz-Jesu-Priester des sexuellen Missbrauchs in einem Waisenhaus in Mosambik, das der Orden leitete, bezichtigt wurden. 2022 wurde er formell angeklagt; die Angelegenheit landete beim Obersten Staatsanwalt der Republik. Ornelas bestreitet alle Vorwürfe und betont, dass diese Sachen „damals“ anders gesehen wurden. Dies ist ein allgemein bekanntes Reaktionsmuster.

Mutig hingegen erscheint sein Handeln angesichts der Missbrauchsfälle in Portugal. Im November 2021 setzte die Bischofskonferenz eine unabhängige Untersuchungskommission unter der Leitung des angesehenen Kinderpsychiaters *Pedro Strecht* ein. Der Bericht beschreibt 512



Mariano Delgado, geboren 1955, ist Professor für Kirchengeschichte und Direktor des Instituts für das Studium der Religionen und den interreligiösen Dialog an der Universität Freiburg (Schweiz) sowie Dekan der Klasse VII (Weltreligionen) in der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste.

Foto: Keren Bisaz

konkrete Fälle und geht von rund 5000 Fällen seit 1950 aus, wobei die Dunkelziffer hoch bleibt. Tatorte waren Seminare, Schulen, Beichtstühle, und Priesterwohnungen, in den letzten Jahren auch Sommerlager und Orte anderer Freiluftaktivitäten.

In einer Erklärung vom 14. Februar 2023 spricht Ornelas als Vorsitzender der Bischofskonferenz von einer offenen Wunde, die die Bischöfe beschäme. Der sexuelle Missbrauch von Kindern wird als „stinkendes Verbrechen“ bezeichnet. Er bittet alle Opfer um Vergebung, bedankt sich bei ihnen für ihr mutiges Zeugnis und ermutigt sie, ihre Stimme weiterhin zu erheben. Er wisse, dass das den Opfern zugefügte Leid nicht wieder gutzumachen ist. Der Devise aus Rom folgend verspricht er „null Toleranz“. Ähnlich fällt auch die Pressemitteilung des Episkopats vom 3. März 2023 aus. In der Predigt vom 20. April 2023 in Fátima nach Abschluss der Vollversammlung der Bischofskonferenz wiederholt Ornelas „die tiefe, ehrliche und demütige Bitte um Vergebung im Namen der Kirche“. Er bittet um die Kraft, zur Hilfe der Opfer alles zu tun – in der Nachfolge des „gütigen und von Herzen demütigen Jesus“, der von einem sanften Joch und einer leichten Last gesprochen habe, der weiterhin möchte, dass alle zu ihm kommen (vgl. Mt 11,28–30), und dessen Vater oft durch die Unmündigen redet, nicht durch die Weisen und Klugen (Mt 11,25). Nicht zitiert wird in der erbaulichen Homilie jedoch der Spruch Jesu, an den so viele Menschen angesichts der Missbrauchsfälle durch Kirchendiener denken: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“ (Mt 7,16).

Zur franziskanischen Spur gehört die wiederholte Rede von einer „Kirche im Aufbruch“ mit dem synodalen Prozess als Flaggschiff. Aus der Synthese der verschiedenen Vorschläge der Bistümer, die im Februar 2023 für die kontinentale Versammlung in Prag erstellt wurde, geht deutlich hervor, was sich die portugiesischen Katholiken und Katholikinnen wünschen: eine inklusivere und gast-

freundlichere, pluralere und transparentere Kirche; eine Kirche mit einem neuen Evangelisierungselan, die Klerikalismus und Legalismus überwindet; eine Kirche, die von einer vorrangigen Option für die Jugend ausgeht und die Gleichberechtigung der Frauen fördert, da sie doch die gleiche Taufe wie die Männer empfangen haben; eine Kirche, die Klerus und Laien in einer synodalen Kultur ausbildet, da-

Einschließlich der damit einhergehenden Ambiguitäten ist Fátima die Ikone der Volksreligiosität Portugals.

mit die Gemeinden davon geprägt sind; eine Kirche, die die Weihe verheirateter Männer vorantreibt; eine Kirche, die sich ständig um die Armen kümmert und die sozialen und ökologischen Fragen sehr ernst nimmt; eine Kirche, die an neue Familienmodelle denkt; eine Kirche, die den ökumenischen, interreligiösen und interkulturellen Dialog ausbaut. Wenn man diese Wünsche und Vorschläge liest, die ähnlich lauten wie in anderen westeuropäischen Ländern, fragt man sich, warum die Bischöfe nicht in Rom vorstellig werden und dort die Reformen einklagen, die für das Wohl der Evangelisierung in ihren Ortskirchen an der Zeit sind. Oder soll der synodale Prozess nur eine weitere Übung im kirchlichen Palavern sein? So scheinen viele Portugiesinnen und Portugiesen zu denken.

Eine besondere Volksreligiosität

Der Dominikaner *Bento Domingues* (geboren 1934) ist der vielleicht beste Kenner des portugiesischen Volkskatholizismus und Autor des Bestsellers „A Religião dos Portugueses“ (1988, erweiterte Auflage 2018). Er spricht von einem „Katholizismus des Herzens“ mit dem Zentrum in Fátima als „Kirche ohne Mauern“. Er bedauert, dass man Fátima – trotz zahlreicher Studien seit 1974 – aus anthropologischer, soziologischer, religionswissenschaftlicher, ästhetischer und theologischer Sicht nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt hat. Einschließlich der damit einhergehenden Ambiguitäten ist Fátima die Ikone der Volksreligiosität Portugals, resistent gegenüber aller Rede vom Ende der Religion und auch gegenüber den neuen religiösen Bewegungen. Fátima trägt viel dazu bei, dass die Portugiesen in

europaweiten Umfragen die Menschen sind, die am meisten im Alltag beten. Fátima ist ein originelles Phänomen, Ausdruck einer demokratischen, pluralen und allen Menschen zugänglichen Religiosität, die sich nicht ganz kontrollieren lässt, auch wenn die Kirche immer wieder versucht, sie im Sinne ihres Verständnisses von Volksreligiosität zu kanalisieren. In Fátima hat jeder das Recht, seine eigene Beziehung zur Madonna und zu Gott individuell zu leben, unabhängig von den großen Wallfahrten mit den Bischöfen und Päpsten, die aus dem Pilgerort ein globales Phänomen gemacht haben.

Diese Volksreligiosität der persönlichen Freiheit ist aber nicht „verwildert“. Denn sie ist integriert in die offizielle Liturgie der Kirche. Die Lichterprozession und die des „Adeus“ (Abschied) sind – vor allem für Menschen aus Portugal – emotional so aufgeladen, wie es kein Event der Popkultur leisten kann. In solchen Augenblicken merkt man, so Bento Domingues, was Fátima eigentlich ist: „eine Stimme im Herzen, eine Erregung der Seele (...), der Kai all der Tränen, die die Portugiesen in den vier Ecken der Welt vergossen haben, wo sie sich immer verabschiedeten, ohne jemals genau zu wissen, wo ihre Heimat war“.

In der Tat: In Fátima schwebt ein Verständnis von Religion und Tempel, das der *conditio humana* seit eh und je entspricht, nämlich die Kunst, an einem bestimmten Ort gemeinsam zu weinen. Gemeint ist nicht ein Verständnis der Welt als Tränental, das einfache Menschen jahrhundertlang zur Resignation und Fügsamkeit geführt hat. Gemeint ist vielmehr das Gespür für die Erlösungsbedürftigkeit und die Sehnsucht nach der tröstenden Wohnung Gottes unter uns, damit er alle Tränen abwischen kann: „Der Tod wird nicht mehr sein, keine Trauer, keine Klage, keine Mühsal“ (Offb 21,4).

Eines ist aber Fátima gewiss nicht: ein universales Gegengift gegen den Relevanzverlust der Kirche in der Moderne, verstärkt durch das Versagen ihrer amtlichen Vertreter und ihre Unfähigkeit, als Helden des Rückzugs für die Reformen einzutreten, die am Ende des klerikalen Zeitalters an der Zeit sind. ■